

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: DB 86 846 ppbn d

## Inhalt

Klaus Kübler MdB beleuchtet die Wende der Rechtsregierung in der Frage der C-Waffen.

Seite 1

Antje Huber MdB analysiert die familienfeindliche Politik der Regierung Kohl.

Seite 3

Ludwig Stiegler MdB weist nach, wie ausbaufähig die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sind.

Seite 5

### Dokumentation

Der Präsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Weihbischof Walther Kampe, über den Weg zum Frieden.

Seite 7

38. Jahrgang / 203

21. Oktober 1983

Die Regierung handelt völkerrechtswidrig

-----  
Eine Modernisierung chemischer Waffen durch die "Hintertür" darf es nicht geben

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Niemanden wundert es jetzt mehr, daß in der Debatte über die Großen Anfragen der Grünen über chemische Waffen in der letzten Woche die Redner der Regierungskoalition einschließlich des Bundesaußenministers kaum auf die gestellten Fragen nach der Haltung der Bundesregierung zu den chemischen Waffen eingegangen sind. Die Koalition hielt sich bedeckt.

In ihrem gestern veröffentlichten Weißbuch ließ sie jetzt die Katze aus dem Sack. Die Bundesregierung bekennt sich darin erstmals zum Einsatz chemischer Kampfstoffe als Vergeltungsmaßnahme in begrenztem Umfang. Und an anderer Stelle heißt es dann folgerichtig, daß es die Bundesregierung für unerlässlich hält, im NATO-Bereich nicht nur die C-Waffen-Abwehrfähigkeit zu verbessern, sondern auch eine im Umfang begrenzte Repressalienkapazität aufrechtzuerhalten.

Wer die chemischen Waffen jetzt allgemein - wie im Weißbuch geschehen - als Mittel in die Abschreckungsstrategie einbezieht, der schafft systematisch die Voraussetzungen, die im Falle einer militärischen Auseinandersetzung ein Überleben der deutschen Zivilbevölkerung unmöglich machen. Wörner, Genscher und der Bundeskanzler begeben sich hier auf einen Weg, der tödlich für die Bundesrepublik sein kann. Noch im Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl am 6. März 1983 wurde jede C-Waffen-Modernisierung abgelehnt. Beim Bundeskanzler bin ich mir nicht sicher, ob er die Tragweite dieser Art von Abschreckungspolitik zu übersehen willens oder fähig ist.

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

Printed in Germany  
auf umweltfreundlichem  
Recycling-Papier



Die SPD, die Gewerkschaften und die große Mehrzahl unserer Bevölkerung werden einem Aufrüsten mit C-Waffen, und nichts anderes bedeutet eine Modernisierung der C-Waffen-Bestände, entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Was die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hier plant, ist völkerrechtswidrig. Auch der Deutsche Bundestag, der zuständig für die Frage der Aufrüstung mit C-Waffen ist, kann sich über bestehendes Völkerrecht nicht hinwegsetzen. Oder er müßte den deutschen Beitritt zum Genfer Giftgasprotokoll von 1925 aufkündigen. Damit würde sich aber die Bundesrepublik zum Vorreiter des Kalten Krieges machen. Die Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft und das deutsch-deutsche Verhältnis wären katastrophal.

Den Ausführungen des FDP-MdB Feidmann ist nur zu sehr zuzustimmen, der ebenfalls jede Nachrüstung mit C-Waffen ablehnt und wie die SPD und der DGB den Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Waffen fordert, weil nämlich zu befürchten ist, daß die Sowjetunion die westliche C-Waffen-Option mißverstehen und annehmen könnte, die NATO sei bereit, eine Herausforderung auf der chemischen Ebene anzunehmen, um eine Eskalation auf der Ebene atomarer Waffen zu vermeiden.

Wenn Wörner so weitermacht, wird er in die deutsche Geschichte als derjenige eingehen, der Giftgase in Deutschland wieder hoffähig gemacht hat. Ein tödlicher Ruhm.

(-/21.10.1983/ks/va)

+ + +



### Familienfeindlich

---

Die unsoziale Politik der Rechtskoalition belastet besonders die Frauen

Von Antje Huber MdB

Die Familienpolitik hat es in Bonn nie ganz leicht gehabt, im Gerangel um die Haushaltsmittel besonderen Rückhalt zu finden. Immerhin wuchs der Familienlastenausgleich - ihr teuerster, wenn auch nicht einziger Schwerpunkt - in den zwölf Jahren zwischen 1969 und 1981 von rund 2,8 auf rund 19 Milliarden DM an und stellte vor allem die großen Familien wirtschaftlich besser. Außerdem gab es zahlreiche vom Bund finanzierte Modellversuche von den Bereichen Erziehen, Wohnen, Familienerholung bis zur gezielten Hilfe für Alleinerziehende und Schwangerschaftsberatung.

Bei den 1981 einsetzenden Haushaltskürzungen wurde allerdings auch das Kindergeld nicht verschont. Und so mögen viele mit der Bonner "Wende" auch familienpolitische Hoffnungen verbunden haben, jahrelang genährt durch die CDU/CSU-Anträge zum Erziehungsgeld und ihre Versprechungen über die Berücksichtigung der Kindererziehung bei der Rente.

Als Heiner Geißler jedoch Anfang Oktober in Bonn seine Festrede hielt zum 30jährigen Bestehen des Familienbundes der Deutschen Katholiken und der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen traf er wohl eher auf skeptische und enttäuschte Zuhörer. Die Verbände werfen der neuen Bundesregierung eine ausgesprochen familienfeindliche Politik vor, da sie den Familienlastenausgleich nur verschlechtert, das Mutterschaftsgeld gekürzt und - ein unerwarteter rechtspolitischer Rückschritt - sogar die Unterhaltspflicht zwischen Großeltern und Enkeln wieder eingeführt habe. Auch die Deutsche Bischofskonferenz richtete auf ihrer Herbstversammlung in Fulda einen dringenden Appell an die christlichen Politiker, die soziale Benachteiligung der Familien zu bekämpfen und erinnerte den Bundesfinanzminister - offenbar vergebens - daran, daß die Lage der öffentlichen Finanzen über eine Milliarde DM besser ausgefallen sei, als ursprünglich angenommen.

Auf diesem Hintergrund wirkt es nicht sehr glaubwürdig, wenn Familienminister Geißler von gesellschaftspolitischer Abwertung der Familie, von Diskriminierung der Eltern in der sozial-liberalen Ära spricht. Liebe, Geborgenheit, Wärme, das sind keine neuen Vokabeln der Familienpolitik. Aber es gehört schon ein ganzer Schuß Unverfrorenheit dazu, davon zu reden, daß Mütter sich ihren Kindern in den ersten Lebensjahren voll und ohne Nachteile widmen sollen und gleichzeitig die Kürzung des Mutterschaftsurlaubes um einen Monat und 1.200 DM pro Fall zu vertreten. Da hilft dann auch der Hinweis auf Steuerpläne nichts, mit deren Hilfe noch in dieser Legislaturperiode mehr Gerechtigkeit verwirklicht werden soll. Während der Finanzminister das Familiensplitting noch in unterschiedlichen Varianten rechnen läßt, glauben selbst bei der CDU schon längst nicht mehr alle Politiker an die Machbarkeit eines Systems, das wegen der hohen Kosten (Vollsplitting würde 25 bis 30 Milliarden DM Steuerausfall kosten) mit dem Kindergeld verzahnt, voll beim Finanzamt angesiedelt und verwaltungsmäßig durch mehr Stellen abgesichert werden müßte.

Abgesehen davon, daß Bund und Länder sich auch bei einem Teilansatz (Faktor unter 1) wohl wieder um die Kosten streiten würden, familienpolitisch bedeutet dieses Splitting eine Begünstigung hoher Einkommen, wie sie in der Steuerreform 1975 durch das allgemeine gleiche Kindergeld gerade abgeschafft wurde, und zwar mit den Stimmen aller Parteien im Bundestag. Wenn das das Ziel ist, fragt man sich auch, warum dann die Kindergeldkürzung mit Einkommensgrenzen von der CDU so propagiert worden ist. Heiner Geißler jedenfalls stört die unsoziale Wirkung des Familiensplittings nicht. Sein Kommentar in seiner Rede: Eine solche Wirkung hätten Freibeträge nun einmal an sich. Und



er nennt das ganze sogar noch eine sozial vertretbare Reform. Wie er unter diesen Umständen die Geburtenrate steigern will, was ihm der Rentenkasse wegen notwendig erscheint, ist mehr als fraglich, denn gerade die Normalverdiener und besonders die kinderreichen unter ihnen werden beim Familiensplitting mehr als unfair behandelt.

Geißler möchte die Familien dafür mit dem Wort "Erziehungsgeld" trösten, das im Bundestag Erinnerungen an einen merkwürdigen Zickzackkurs der früheren Opposition wachruft. Wer heute damit winkt, daß alle Mütter dieses Geld drei Jahre lang erhalten und dann auch noch Rentenansprüche in Aussicht haben, muß aber klarer als Geißler erklären, daß in der mittelfristigen Finanzplanung der CDU/FDP-Regierung dafür gar nichts eingesetzt ist. Geißler verspricht auch nichts für nächstes oder übernächstes Jahr. Im Haushalt muß gespart werden, sagte er, und zwar aus familienpolitischen Gründen, damit die Belastungen der Zukunft nicht zu groß werden. Aber wer dafür sogar den Mutterschaftsurlaub kürzt, der muß sich fragen lassen, wieso man eineinhalb Milliarden DM zur Senkung der Vermögensteuer übrig hatte. Und wie kann einer, der sich als Lobbyist für die Familie ausgibt, den Kahlschlag bei der Bundesausbildungsförderung überhaupt vertreten?

Ein großes Wort spricht der Generalsekretär/Familienminister gelassen aus, wenn er erklärt, daß die durch Rückgang der Kinderzahl in den nächsten Jahren im Haushalt frei werdenden Summen beim Familienlastenausgleich bleiben werden. In Wahrheit sieht es nicht so aus - siehe mittelfristige Finanzplanung - als ob die Kindergeldleistungen noch über das Niveau von 1981 hinausgehoben werden. Der Minister nimmt den Mund voll und wird eher mit leeren Händen dastehen.

Das gilt wohl auch für den Teil seiner Festrede, in denen er den Müttern die neuen Rentenlösungen preist. Wir werden sehen, ob die auf fünf Jahre verkürzte Wartezeit für das Altersruhegeld kommt. Auf jeden Fall können gute Renten allein dabei ja nicht heraus schauen. Schlimm sind jedoch für viele Frauen die verschlechterten Voraussetzungen für den Erhalt einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente. Diese "Achillesferse der Rentenkasse" (Blüm) wird voll auf Kosten der Frauen saniert, weil künftig dreijährige Berufstätigkeit in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung gefordert wird - bei Müttern ist der Zeitraum allerdings je nach Kinderzahl länger. Geißler feiert das als Einstieg in eine neue Konzeption, vergißt aber dabei, daß auch für Mütter Verschlechterungen dabei entstehen.

Die Winter-Rentenreform wird auf jeden Fall zu Lasten der Frauen gehen, das Rentenalter der Frauen wird diskutiert, damit viele Millionen eingespart werden. Und auch bei den Verminderungen in der Sozialhilfe werden Frauen die Hauptbetroffenen sein. Alles in allem geht es in den nächsten Jahren um Einsparungen in Milliarden-Höhe auf Kosten der Mütter und Frauen, denen Herr Geißler zum Schluß dann auch noch zur Entlastung der öffentlichen Kassen mehr häusliche Pflege ihrer alten und kranken Angehörigen aufbürden will.

"Die äußeren Ressourcen, das Wachstum der Wirtschaft", sagte er, "sind begrenzt. Die inneren Ressourcen unseres Volkes für ein Wachstum zu mehr Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe liegen noch weitgehend brach". Nichts gegen solche inneren Ressourcen. Aber wenn die künftige CDU-Familienpolitik sich in den nächsten Jahren überwiegend auf solche Quellen stützen will, hätte sie besser keine Erwartungen geweckt. Die Familie - heute zunehmend mit Arbeitslosigkeit konfrontiert - muß mit höheren Mieten bei weniger Wohngeld, mit höheren Kinderkosten bei wegfallendem BAföG, mit Kürzungen auf dem Gesundheitssektor, bei den Sozial- und den Familienleistungen fertig werden. Von Lastenausgleich ist trotz Geißler-Reden nichts zu merken. (-/21.10.1983/ks/va)

+ + +



Gesprächsthemen gibt es mehr als genug  
-----

## Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nicht ruhen lassen

Von Ludwig Stiegler MdB

In wenigen Wochen, am 11. Dezember 1983, sind es zehn Jahre her, seit der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik von Willy Brandt und Walter Scheel unterzeichnet worden ist. Er diente zunächst der Bewältigung der Vergangenheit; er sollte aber vor allem in die Zukunft wirken. Nicht ohne Grund sind dem Vertrag folgende Präambeln vorangestellt:

- "Angesichts der Tatsache, daß den beiden Ländern eine neue Generation herangewachsen ist, die ein Recht auf eine gesicherte friedliche Zukunft hat,
- in der Absicht, dauerhafte Grundlagen für die Entwicklung gut nachbarlicher Beziehungen zu schaffen..."

Dem diene Artikel V des Vertrages, der es verdient, ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden:

- 1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik werden weitere Schritte zur umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen.
- 2) Sie stimmen darüber ein, daß eine Erweiterung ihrer nachbarschaftlichen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der wissenschaftlich-technischen Beziehungen, der Kultur, des Umweltschutzes, des Sports, des Verkehrs und ihrer sonstigen Beziehungen in ihrem beiderseitigen Interesse liegt.

Ein Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre zeigt, daß dies zwar versucht worden ist; gleichwohl haben sich das Zentrum der Aufmerksamkeit andere Regionen erobert. Die viel komplizierteren Beziehungen zur DDR entwickelten sich weit umfassender als die zum Nachbarn CSSR, die bei gleicher politischer Anstrengung sicherlich ähnlich zu entfalten gewesen wären. Das Abkommen wurde vor zehn Jahren unterschrieben. Es könnte mit mehr Leben erfüllt sein. Zwar gibt es die beiderseitigen regelmäßigen diplomatischen Kontakte. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß sie mehr Engagement verdienen. Der Wirtschaftsaustausch stagniert seit mehr als einem Jahr. Zur nächsten Sitzung der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftskommission in Prag, die am Sonntag beginnt, findet es der Bundeswirtschaftsminister nicht nötig, persönlich zu erscheinen, obwohl die Führung der Delegationen durch die Minister so gut wie verabredet war. Natürlich wird man genügend Gründe finden, die die jetzige Ausnahme zu rechtfertigen scheinen. Zur Dynamisierung der Beziehungen wird dieses Verfahren aber nicht beitragen. Zum Schaden beider Seiten.

Die Zusammenarbeit in Umweltfragen kommt nur schleppend in Gang, obwohl es genügend gemeinsame Probleme und Anliegen gäbe, wie kürzliche Gespräche in Prag ergaben. Die Hindernisse lagen und liegen dabei nicht nur auf unserer Seite. Ein wichtiges psychologisches Hindernis in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Umwelttechnik lag und liegt in der Embargo-Diskussion, die in unserem Lager geführt wird. Sie führt dazu, daß auch wirtschaftlich interessante Aufträge in diesem Bereich zunehmend nach Japan und Österreich sich zu verlagern drohen. Verlässliche Grundlagen, die auf höchster Ebene verabredet werden, sind dringend erwünscht. Immerhin ist jetzt der Besuch des Bundesinnenministers als Umweltminister für Frühjahr nächsten Jahres in Aussicht genommen.



Der tägliche diplomatische Verkehr scheint nicht frei zu sein von bürokratischen Verkrustungen auf beiden Seiten. Das Gezerre um die Baugenehmigung für die neue CSSR-Botschaft in Bonn hat der Entwicklung der Beziehungen sicher nicht gutgetan. Er sollte durch eine aktive Unterstützung abgelöst werden. Auf der anderen Seite würde es der CSSR in Umsetzung der KSZE-Prinzipien gut anstehen, bei den humanitären Fragen, insbesondere auch bei der Gefangenenbetreuung drüben großzügiger zu sein.

Mir scheint, den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen fehlt zunehmend die Dynamik, die der Vertrag als ein "auf die Zukunft gerichteter Vertrag" (Walter Scheel am 20. Juli 1973 in Bonn) entwickeln wollte. Die "normale Entfaltung der gegenseitigen Beziehungen, wie sie zwischen zwei guten Nachbarn sein sollten", erwartete Willy Brandt in seiner Ankunftsrede am 11. Dezember 1973 in Prag. Diese Nachbarschaft könnte intensiver und herzlicher sein, das Interesse größer sein.

Wie "groß" das Interesse an den Vorgängen in der CSSR bei uns zu sein scheint, zeigt die mangelnde Präsenz unserer Medien in Prag. Soweit ersichtlich, ist nur ein deutscher Korrespondent ständig dort anwesend, andere schauen gelegentlich vorbei. So entwickelt man keine Beziehungen. Unsere Medien müssen sich fragen lassen, was sie zur normalen Entwicklung der Beziehungen beitragen wollen. Mir scheint, der täglichen Routine der Diplomatie täte es gut, wenn Ihre Arbeit ergänzt und angereichert würde durch vielfältige Kontakte auf parlamentarischer Ebene. Bei unseren Gesprächen in Prag konnte ich durchaus Interesse an offiziellen Kontakten zum Deutschen Bundestag feststellen. Warum sollen die Kontakte auf Einzelkontakte aus allen Parteien beschränkt bleiben, warum sollen sie nicht zu offiziellen Beziehungen zwischen der Föderalversammlung und dem Deutschen Bundestag ausgebaut werden? Natürlich werden Konservative sofort höhnen, "das dort" sei kein mit dem Bundestag vergleichbares Parlament. Welche Verlogenheit ist das aber, wenn man bedenkt, daß in den Reihen der gleichen Politiker allergrößter Wert darauf gelegt wird, in der deutsch-sowjetischen Parlamentariergruppe tonangebend mitzuwirken. Das Verhalten zur CSSR kann und darf doch nicht anders sein, nur weil es sich um einen kleineren und weniger mächtigen Staat handelt. Der parlamentarische Austausch, der sich auf seiten der Länderparlamente schon entwickelt hat (NRW und Hamburg) kann im übrigen reizvolle Einsichten über das Verhältnis zwischen "demokratischem Zentralismus" und dem Föderalismus zwischen der tschechischen und der slowakischen Republik geben.

Gesprächsthemen gibt es genug. Von der Umweltproblematik bis zu humanitären Fragen, von der Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Kooperation bis zu Rechts- und Strafrechtsfragen, die sich im Zuge des zunehmenden Tourismus ergeben. Es gibt mehr systemübergreifende Themen als wir abarbeiten und bewältigen können.

Willy Brandt hat am 11. Dezember 1973 in Prag erklärt: "Wir glauben fest, daß wir ebenso entschlossen und ausdauernd, wie wir diesen Vertrag vorbereitet haben, nun auch darauf achten werden, daß er in die Tat umgesetzt wird."

Die SPD-Fraktion und die bayerische SPD-Landesgruppe in ihr, die die ersten offiziellen Kontakte aufgenommen hatte, nehmen diese Verpflichtungen ernst. Denn trotz der gesteigerten Spannungen von heute und trotz des Raketenthemas, das alle anderen Themen überlagert, - ja gerade auch deswegen - gilt das Ziel, das Willy Brandt am 11. Dezember 1973 formuliert hat: "Der heute unterzeichnete Vertrag gehört zu den Grundsteinen des großen Bauvorhabens - des Systems der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, das nach langjährigen Bemühungen zu Realität wird."

Dieser Baustein mag kein "Eckstein" sein. Tragend und wichtig ist er aber allemal.

(-/21.10.1983/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NDer Christ ist zum aktiven Zeugnis verpflichtet  
-----

Weihbischof Walther Kampe, Präsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, hat vor wenigen Tagen in Limburg über den Frieden gepredigt. Der SPD-Pressedienst dokumentiert die Worte Kampes um einige Passagen gekürzt, weil sie wiedergeben, in welcher Weise Katholiken um den Weg zur Beseitigung von Waffen und Krieg ringen:

"Sollen wir die Hände in den Schoß legen und alles Gott überlassen? Ist Beten die einzige Christenpflicht? Lange Zeit war das wirklich das einzige Friedenstun von Pax Christi: Gottesdienste, wallfahren, Friedenskreuze errichten. Aber dann wuchs die Kriegsgefahr und die Waffenarsenale schwellen derartig an, daß eine neue junge Generation im BDKJ und auch in Pax Christi sich nicht damit zufrieden geben wollte, nur die Hände zu falten. Was sagt Jesus zu unseren Friedensaktionen? Die Texte sagen dazu:

1. Täuscht euch nicht über den wahren Zustand der Welt! Die Welt ist böse und die Menschen stecken voller Aggressionen! Laßt keinen Illusionen und Täuschungen nach! Folgt nicht den falschen Messiasen! Laßt ihnen nicht nach!
2. In diesem Zustand der Welt ist der einzige Weg der Rettung bei Gott. Erhebt die Arme zum Gebet, wie Mose es tat! Wenn ihr aber die Arme sinken laßt, wenn ihr meint, aus eigener Kraft den Sieg erringen zu können, dann ist Amalek stärker. Dann siegen die Mächte des Todes!
3. Wenn ihr aber Zeugnis gebt, werden eure Gegner nicht gegen euch ankommen und ihr werdet das Leben gewinnen. Das heißt nicht: Rette sich, wer kann! Jesus gibt zwar in den Gerichtsreden den Rat, "in die Berge zu fliehen", wenn am heiligen Ort "unheilvolle Creuel" geschehen, das heißt wenn der allgemeine Abfall von Gott kommt. Es gibt Situationen, in denen nur noch passiver Widerstand oder das Martyrium als letztes Zeugnis bleibt. Aber das ist der Extremfall. Etwa wenn der Befehl kommt, die Atombombe zu zünden. Aber zuvor ist der Christ zum aktiven Zeugnis verpflichtet, das heißt er muß alles tun, was sein Gewissen ihm sagt, um das Werk Gottes zu tun. Gottes Werk aber ist das Werk des Friedens und der Versöhnung. Vielleicht ist es in dieser Weltstunde den Christen vorbehalten, die Menschen zur Einsicht zu bringen und sie vor dem Weltsebstmord zu warnen, den ein Atomkrieg bedeuten würde.

Wenn wir also wie Mose die Hände zu Gott erheben, ist das das gerade Gegenteil davon, die Hände untätig in den Schoß zu legen. Unser Gebet ist nicht Demonstration gegen etwas, sondern Zeugnis für etwas. Es genügt einfach nicht, gegen Waffen zu demonstrieren, weil man der naiven Meinung ist, Verschrotten von Waffen würde schon Frieden und Sicherheit bringen. Wir wollen weit mehr: Wir wollen die Herzen der Menschen gewinnen und ihre Aggressionen besiegen. Dann fallen ihnen die Waffen von selbst aus den Händen. Wenn aber die Waffen niedergelegt würden, aber die Herzen voll Haß blieben, würden wir uns noch gegenseitig das Gesicht zerkratzen oder noch viel schlimmer einander schaden."

(-/21.10.1983/ks/va)

+ + +

